

„Sie müssen eine Schule der demokratischen Gerechtigkeit und Wachsamkeit des deutschen Volkes werden und sollen auf gerechte und saubere Art dem wirtschaftlichen und öffentlichen Leben Deutschlands Tausende von gleichberechtigten Bürgern zurückgeben“.

Die Entnazifizierungskommissionen haben diese Aufgaben nicht immer und überall erfüllt. Sie haben Fehler begangen, indem sie sich starr an Buchstaben klammerten und dabei Sinn und Hauptziel der Entnazifizierung aus den Augen verloren. Auf der einen Seite haben sie außer acht gelassen, daß es zahlreiche Leute gab und gibt, die durch ihre aktive Unterstützung des Hitlerkrieges und Nazi-regimes schwere Schuld auf sich geladen haben, obzwar sie offiziell keine Pg waren. Auf der anderen Seite sind Menschen bestraft worden, die sich betrügen oder weichmachen ließen, ohne jemals aktive Nazis gewesen zu sein. Ist es nicht geradezu ein Hohn auf unsere Ziele, wenn in Berlin ein Witzleben entnazifiziert wird, während der bekannte Verteidiger Ernst Thälmanns, Dr. Ludwig, der seine wahre Gesinnung unter Beweis gestellt hat, abgelehnt wird? Oder liegt es etwa im Interesse der Demokratisierung Deutschlands, wenn eine kleine arme Badefrau aus Charlottenburg, die man unter Androhung ihrer Entlassung in die Partei drängte, heute bei der Entnazifizierungskommission abgelehnt wird und ihrer Arbeit nicht mehr nachgehen kann? Zweifellos sind das Fehlentscheidungen, die in Zukunft unbedingt vermieden werden müssen. Es hat auch keinen Sinn, Berge von Fragebogen kleiner Pg zu sammeln, statt den eigentlich Schuldigen auf die Spur zu kommen.

Der Parteivorstand der SED hat seine frühere Stellungnahme in dieser Frage in der Partei Vorstandssitzung vom 14. Februar 1947 neuerlich unterstrichen und konkretisiert, nämlich: die Hauptschuldigen sollen mit aller Strenge bestraft werden, aber den ehemaligen einfachen Mitgliedern muß die Möglichkeit geboten werden, unbehelligt und als gleichberechtigte Bürger am Wiederaufbau, wie am politischen Leben teilzunehmen. In richtiger Anwendung dieses Standpunktes hat der Landesvorstand der SED Sachsen-Anhalt in seiner Sitzung vom 16. Februar 1947 einen Beschluß gefaßt, in dem es u. a. heißt:

„... viele dieser Menschen (nominelle Pg. Red.) haben aktiv am Neuaufbau teilgenommen und sind ehrlich bestrebt, einen neuen Weg zu beschreiten. Nachdem ihnen als gleichberechtigte Staatsbürger das Wahlrecht gegeben wurde, müssen sie auch Gelegenheit haben, sich politisch zu betätigen. Sie sollen die Möglichkeit erhalten, in der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe, in den Gewerkschaften, im Kulturbund und ähnlichen Organisationen Funktionen auszuüben und als Ärzte, Wissenschaftler, Ingenieure usw. öffentlich aufzutreten“.

Die Durchführung dieses Beschlusses wird die wirkliche Entnazifizierung nicht hemmen, sondern sie sogar fördern, weil sie den Kreis derer erweitert, die in Erkenntnis ihrer Fehler ehrlich für die Demokratisierung Deutschlands arbeiten. Das bedingt aber auch eine Änderung der bisherigen Entnazifizierungspolitik in der Weise, daß die Entnazifizierungskommissionen ihre Hauptaufgabe darin erblicken, die Schuldigen ausfindig zu machen und unter Anklage zu stellen. Diese Haltung gegenüber den nominellen Pg steht auch in Übereinstimmung mit den Auffassungen der sowjetischen Besatzungsmacht, die in einem Artikel der „Täglichen Rundschau“ (Organ der sowjetischen Militärverwaltung) vom 13. 2. 1947 ganz eindeutig zum Ausdruck kamen. Es heißt da:

„Wir betonen, daß die Entnazifizierungspolitik nicht darin bestehen kann und darf, wahllos alle ehemaligen Mitglieder der Nazipartei und ihrer Gliederungen zu verfolgen ... Es liegt im Interesse des schnellen Wiederaufbaus der Wirtschaft und des friedlichen Lebens in Deutschland, daß die ehemaligen und nominellen Pg vor allem aus den werktätigen Schichten der Bevölkerung entschlossen und in breitem Maßstabe zur Wiederaufbauarbeit herangezogen werden. Diese ehemaligen nominellen Nazis können unbesorgt und überzeugt sein, daß sie bei ihrem Bemühen, sich auf den richtigen Weg zurückzufinden und sich von ihren früheren Verirrungen und Fehlern freizumachen, volle Unterstützung finden werden“.

Es ist Aufgabe der SED, überall darauf zu achten, daß die Arbeit der Entnazifizierungskommissionen in diesem Sinne geführt wird.

EDölling



Die „Entlastung“ des ehemaligen Personalchefs des bekannten Kriegsbetriebes Siemens-Konzern, von Witzleben, durch die Spandauer Entnazifizierungskommission hat nicht nur in Berlin, sondern auch in weiten Kreisen ganz Deutschlands Empörung und Protest hervorgerufen (Witzleben sitzt am Tisch vor dem Mikrophon +) (Foto: SNB)